

 HEINRICH BÖLL STIFTUNG
STIFTUNGSVERBUND

DEMOKRATIE

E-PAPER

Die Umweltpolitik der Alternative für Deutschland (AfD)

Eine politische Analyse

SUSANNE GÖTZE UND SANDRA KIRCHNER

Eine Publikation der Heinrich-Böll-Stiftung, Februar 2016

Die Umweltpolitik der Alternative für Deutschland (AfD)

Eine politische Analyse

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--------------------------------|----|
| I Einleitung | 4 |
| Ia Energiepolitik | 5 |
| Ib Klimapolitik | 6 |
| Ic Agrarpolitik | 7 |
| II Brandenburg | 8 |
| III Sachsen | 9 |
| IV Thüringen | 12 |
| V Hamburg und Bremen | 15 |
| Va Hamburg | 15 |
| Vb Bremen | 16 |
| VI EU-Parlament | 17 |
| VII Zusammenfassung/Auswertung | 18 |

I Einleitung

Durch erfolgreiche Landtagswahlen ist die AfD mittlerweile in fünf Landtagen und auch im EU-Parlament vertreten. Dort besetzen Politiker der Partei auch Posten in Ausschüssen für Umwelt- und Klimaschutz. Hier zeigt sich dann oftmals, was wirklich hinter den phrasenhaften Programmansätzen der Partei steckt. Im Bereich Umwelt und Klima ergibt sich ein recht deutliches, aber keinesfalls einheitliches Politikmuster.

Die AfD sieht sich gern als bürgernahe Stimme in den Parlamenten, die sich für die Belange der „einfachen“ Menschen einsetzt. Dieses politische Profil versucht die Partei auch in der Umwelt- Energie- und Klimapolitik durchzuhalten. Indem die Partei an entscheidenden Stellen mit dem vermeintlichen Kostenfaktor argumentiert, werden grundsätzliche Veränderungen vor allem in der Energie- und Klimapolitik „im Interesse des Bürgers“ zurückgewiesen. Dennoch ist die Umweltpolitik der Partei nicht konsequent anti-ökologisch und knüpft in vielen Punkten sogar an traditionell grüne Positionen an. Im Namen des Bürgers und des „Heimatschutzes“ betreibt die Partei aber ein prinzipiell konservatives Programm, das sich vor allem in der Energiepolitik an Regionalparteien wie die CSU anlehnt.

Grundsätzlich unterscheiden sich jedoch die eher gemäßigt-konservativen Aussagen in den offiziell verabschiedeten Programmen von den Statements einzelner AfD-Politiker in den Medien. Oftmals sind deren Kommentare um einiges radikaler, vor allem bei für die Partei sensiblen Themen der Erneuerbaren Energien, dem Atomausstieg und der Klimapolitik. Hier mag man „das wahre Gesicht“ der Partei oder schlicht die Heterogenität des jungen politischen Players erkennen, der sich schon nach wenigen Monaten durch Flügelkämpfe in der Partei spaltete. Eine nachweisliche Wirkung auf die energie- und umweltpolitischen Positionen kann durch die Aufspaltung der AfD allerdings noch nicht beobachtet werden.

In den vertretenen Landesparlamenten Brandenburg, Bremen, Hamburg, Sachsen und Thüringen ist die Partei teilweise bemüht, durch auch für andere Parteien tragbare parlamentarische Anträge eine Zusammenarbeit anzubieten. In heftigen Landtagsdebatten versuchen Abgeordnete der AfD beispielsweise in Brandenburg ihren Parlamentskollegen zu beweisen, dass sie ein seriöser Partner sind.

In einigen Punkten der Umweltpolitik der Partei gibt es signifikante Überschneidungen mit den Positionen von Grünen, SPD und der CDU, teils sogar der Linken. Besonders auf Landesebene lässt sich beobachten, wie die AfD mit Anträgen gegen Massentierhaltung oder Gentechnik im politischen Fahrwasser der bürgerlichen Parteien schwimmt und versucht, lokale Initiativen für sich einzunehmen, um sich als Sprachrohr der Bürger zu etablieren. Die Argumentationsmuster bleiben dabei durchgehend wirtschaftsliberal. Die Ablehnung von staatlichen Regulierungen wird vor allem im Umweltbereich als zentrales Argument gegen Energiewende und Klimaschutz verwendet.

Ia Energiepolitik

Die offiziell von der Partei in ihrem Programm geforderte Umweltpolitik der AfD auf Bundesebene ist nicht eindeutig gegen eine Energiewende gerichtet, sondern positioniert sich gegen sogenannte „planwirtschaftliche Eingriffe“ und gegen „jegliche Subventionen“ im Energiebereich. Benannt wird jedoch ausschließlich das Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG), das die Partei grundsätzlich abschaffen will. Diese Position zieht sich ebenfalls als eine Art Kernforderung durch alle Landesprogramme und kann als ein zentrales Element im Forderungskatalog der Partei gelten.

Günter Keil – Mitglied der Partei Alternative für Deutschland (AfD) und Sprecher von deren bundesweiten Arbeitsgruppe Energiepolitik – erklärte 2013 in einem Interview mit der AfD-nahen Portal „Freie Welt“,¹ der Atomausstieg sei „ein dunkles Kapitel deutscher Energie- und Umweltpolitik“. Die Erneuerbaren seien wegen ihrer Wetterabhängigkeit ungeeignet, Deutschland auch nur zu 50 Prozent mit Strom zu versorgen, so Keil.

Im Bundesprogramm wird eine Reform des EEGs gefordert mit der Begründung, dass es „unsozial“ sei. Für die AfD ist die Umlage eine „Subvention“, die von Steuerzahler getragen werden muss.² So heißt es schon im Positionspapier von 2013 der bundesweiten Arbeitsgruppe Energiepolitik: „Die starke Förderung regenerativer Stromerzeugung durch das EEG, die CO₂-Emissionen senken soll, stellt eine wirkungslose, aber teure Parallelförderung zum Emissionshandel der EU dar.“³

1 <http://www.freiewelt.net/interview/dr-guenter-keil-afd-dunkles-kapitel-deutscher-energie-und-umweltpolitik-10005511/> (20.1. 2016)

2 <http://www.alternativefuer.de/programm-hintergrund/programmatik/> (20.1.2016)

3 http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/exklusiv_entwurf_des_afd_energie_programms (20.1. 2016)

Ib Klimapolitik

Die AfD hat in den Medien allgemein den Ruf, ein Sammelbecken für Klimaskeptiker zu sein. Diese Annahme ist nicht ganz unbegründet, vor allem, wenn man sich auf die Aussagen einzelner Mitglieder bezieht. Im Parteiprogramm wird diese Haltung noch relativ diplomatisch verpackt, indem es heißt, dass „wissenschaftliche Untersuchungen zur langfristigen Entwicklung des Klimas aufgrund menschlicher CO₂-Emissionen sehr unsicherheitsbehaftet“ seien. „Nationale und europäische Alleingänge“ in Sachen Klimaschutz lehnt die AfD ab. Immerhin wird dann eingeschränkt, dass „im Rahmen internationaler Abkommen eine graduelle Reduktion von CO₂-Emissionen vereinbart werden“ könne.⁴

Werden die Aussagen von einzelnen Mitgliedern hinzugezogen, bekommen diese eine sehr viel radikalere Konnotation: Der Klimawandel sei Panikmache und die Anstrengungen Deutschlands, CO₂ einzusparen, ergäben wenig Sinn, meinte Stephan Boyens, Vertreter des Fachausschusses für Energiepolitik der Partei AfD im Jahr 2013. „Das hat ungefähr so viel Wirkung, als würde eine Dreijährige Pipi in einen Baggersee machen“, sagte Boyens damals und erhielt ein großes Medienecho. Der Energiebeauftragte der AfD arbeitet als Manager bei der von den Kölner Stadtwerken und RWE betriebenen Rheinenergie AG.

Ob es eine globale Erwärmung gebe, so Boyens, sei heiß diskutiert und zwar zu recht. Es gebe sehr gute Argumente derjenigen, die den Klimawandel infrage stellen, so Boyens auf der vielzitierten Pressekonferenz. Dass sich die Erde durch einen menschengemachten CO₂-Ausstoß erwärmt, bezweifelte der AfD-Politiker offen.

Auch andere Mitglieder der Partei wie Michael Limburg, der Vizepräsident des klimaskeptischen Europäischen Instituts für Klima und Energie (EIKE) ist, tauchen als Mitglied in der AfD-Arbeitsgruppe für Energiepolitik auf. Der damalige Vorsitzende der Partei Bernd Lucke relativierte die Aussagen seiner Kollegen, indem er sie diese als „private Meinungen“ bezeichnete. „Wir zweifeln natürlich nicht an den wissenschaftlichen Evidenzen – CO₂ ist ein Klimakiller“, so der Gründer und Sprecher der AfD. Seiner Partei gehe es aber darum, eine „kostengünstige“, „international tragfähige“ und „wettbewerbsfähige“ Energiepolitik zu machen. Auch nach dem Ausscheiden Luckes hat sich in Sachen Klimapolitik wenig geändert. Allein der Versuch die Wogen der Polemik zu glätten, fällt nun zukünftig ganz weg. Limburg spricht weiter vom „ominösen Zwei

⁴ <http://www.alternativefuer.de/programm-hintergrund/fragen-und-antworten/energie-und-umweltpolitik/> (20.1. 2016)

Grad Ziel“ und vom „völlig ungiftigen, geruch- und geschmack- wie auch farblosen, also völlig harmlosen, [...] Nutz-Gas CO₂“, das „durch die Klimaalarmisten zum Schadstoff erklärt wurde“.⁵

Ic Agrarpolitik

Hier schlägt sich die Partei vorgeblich auf die Seite des „kleinen Mannes“ und fordert die Förderung der kleinen Landwirtschaftsbetriebe. Dies bezieht sich teils auf ökologisch wie konventionelle Produktionsstätten. Idealbild ist der mittelständische, deutsche Bauer. Allerdings kritisiert die Partei auch, dass die ökologisch ausgerichtete Landwirtschaft - wegen eines hohen Bedarfs an Arbeitskräften und niedriger Erträge - die Preise für Lebensmittel in die Höhe treibe. Hier wird also ähnlich wie bei den erneuerbaren Energien argumentiert. Für den Thüringer Landesverband ist Ökolandbau gar eine „Rückentwicklung“.⁶ Zudem tritt die Partei auch für eine Abschaffung der EU-Agrarsubventionen ein. Damit würden auch Förderungen für kleine und ökologische Landwirte wegfallen. Ebenso wie beispielsweise die Grünen setzt sich die AfD in einigen Bundesländern wie Brandenburg auch gegen Massentierhaltung und Gentechnik in der Landwirtschaft ein. Allerdings ist das eine regionale Besonderheit und kann nicht auf die gesamte AfD verallgemeinert werden. Die Unterstützung des Volksbegehrens in Brandenburg ist sicherlich vor allem auf seinen Erfolg zurück zu führen.⁷

Entschieden lehnt die Partei Biogas und Agrokraftstoffe ab, um den Anbau von Mais und Raps zu stoppen. Allerdings wenden sich die AfD-Politiker in manchen Landkreisen auch gegen Biogas aus landwirtschaftlichen Abfällen – hier zieht sich die grundlegende Haltung der Partei gegen erneuerbare Energien stringent durch.

5 <http://www.freiewelt.net/blog/menschliche-gesetze-sind-vergaenglich-naturgesetze-nicht-ein-be-richt-ueber-ein-mittagsgesprach-von-infraneu-und-den-7-energiepolitischen-dialog-der-cducsu-bu-nestagsfraktion-10064346/>

6 http://afd-thueringen.de/wp-content/uploads/sites/2/2014/07/AfD_Thueringen_Wahlprogramm.pdf (21.1.2016)

7 <http://www.afd-brandenburg.de/afd-brandenburg-unterstuetzt-volksbegehren-gegen-massentierhaltung/> (20.1. 2016)

II Brandenburg

In Brandenburg wurde aus der zehnköpfigen AfD-Fraktion der Facharbeiter Sven Schröder zum Vorsitzenden des Umweltausschusses des Landtages Brandenburg gewählt. Laut Landtagsordnung stehen jeder Fraktion entsprechend ihrer Stärke Ausschussvorsitze zu. Die übrigen Fraktionen entschieden sich in Brandenburg dafür, der Partei das Umweltressort zu überlassen.

Die bisher von der AfD eingebrachten Anträge und Wortbeiträge im Landtagsplenum, bestätigen im Wesentlichen die von der Bundespartei gesetzten Themen. Grundsätzlich positionieren sich die Mitglieder der Partei und dabei insbesondere Sven Schröder gegen den Ausbau Erneuerbarer Energien und im Umweltschutz gegen frei lebende Wölfe. Hingegen gibt es bei anderen Themen eine erhebliche Anzahl von Überschneidungspunkten mit den anderen Fraktionen von CDU, SPD, Grüne und Linken, darunter Anträge zur Unterstützung von Bürgerinitiativen gegen Massentierhaltung,⁸ von kleinbäuerlicher Landwirtschaft und gegen den Einsatz von Gentechnik in Lebensmitteln.

Beim Thema Kohle liest sich das Wahlprogramm in Brandenburg⁹ fast wie das CDU- oder SPD-Programm. Die Braunkohle in Brandenburg sei „eine der wenigen heimischen Energieressourcen“ und „ein Ausbau der alternativen Energieerzeugung kann die Verstromung von Braunkohle auf absehbare Zeit nicht ersetzen“. Die Akzeptanz der Braunkohle sei sehr hoch „auch wenn dies von den Menschen, die durch notwendige Umsiedlungen betroffen werden, anders gesehen wird“.

Während die anderen Parteien jedoch hinter der Energiewende stehen, fordert die AfD, den Ausbau der Windenergie müsse man zurückfahren und die bayerische 10-H-Regelung einführen. Auffallend sind die Versuche, hier vor allem die CDU zur Zustimmung von AfD- Anträge zu bewegen und sich so aus der weitgehend isolierten Position im Landtag freizukämpfen.

⁸ <https://www.youtube.com/watch?v=A0nYVby90Ho> (20.1. 2016)

⁹ <http://www.afd-brandenburg.de/partei/positionen/landtagswahlprogramm-2014-entwurf/> (20.1. 2016)

III Sachsen

Hoffnungsvoll ging die AfD nur wenige Monate nach der Bundestagswahl in Sachsen in die Landtagswahl. Themen des Wahlkampfes waren neben der Eurokritik eine liberale Wirtschaftspolitik, eine konservative Familienpolitik und eine rigorose Asylpolitik. Auch der Stärkung des ländlichen Raumes widmete sich die AfD in ihrem Wahlprogramm.¹⁰ Infrastrukturen sollen verbessert, Ehrenamt und gemeinnützige Vereine als Säulen eines intakten Dorflebens sollen aufgewertet werden. Bezüglich der Landwirtschaft entwickelt die AfD ein Bündel an Vorstellungen: Die Agrarsubventionen der EU sollen abgeschafft, stattdessen kleine Landwirtschaftsbetriebe gefördert werden. Dem Anbau von Mais und Raps, die zur Gewinnung von Agro-Energie verwendet werden, soll ein Riegel vorgeschoben werden.

Weniger detailreich befasst sich die AfD mit dem Umweltschutz in ihrem Wahlprogramm. Flora und Fauna, die für Sachsen typisch sind, sollen besonders geschützt werden. Nass- und Streuobstwiesen oder Trockenrasen bedürfen dagegen keinen besonderen Schutz, wenn sie nicht standortgetreu sind. Naturschutz ist für die AfD Sachsen eher Heimatschutz, der von romantischen Naturvorstellungen geprägt ist. Der Schutz von Wölfen lässt sich mit diesem traditionellen Weltbild schwer vereinbaren, entsprechend will die Partei durchsetzen, dass das spezifische Wolfsmanagement aufgegeben und durch ein Wildtiermanagement ersetzt wird, das für alle wild lebenden Tiere gelten soll.

Die Wirkung von Kohlendioxid verharmlost die Partei; die Verbindung sei für das Pflanzenwachstum notwendig und die Bezeichnung als Treibhausgas verächtlich. Klimawissenschaftliche Erkenntnisse sind nach Auffassung der AfD Sachsen frei erfunden und mittlerweile widerlegt. Demzufolge lehnt die Partei in Sachsen offen die Energiepolitik auf Grundlage der Klimawissenschaft ab. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien führe zu steigenden Strompreisen, belastete die Wirtschaft und füge der Natur und der Landwirtschaft Schäden zu. Energiepolitisches Ziel ist es deshalb, das EEG und die Energieeinsparverordnung so schnell und so weit wie möglich rückgängig zu machen.

Ebenso wie in Brandenburg ist die Förderung und Nutzung der Braunkohle für die sächsische AfD auf Jahrzehnte unverzichtbar. Zwar gesteht die Partei ein, dass Tagebaue Landschaften zerstören, aber diese könnten später durch Flutungen ausgeglichen werden. Die umweltschädigenden Auswirkungen der Tagebaue und die Folgen der Kohleverbrennung für das Klima thematisiert die AfD aus den oben genannten Gründen nicht.

10 http://afdsachsen.de/download/AfD_Programm_Lang.pdf (21.1.2016)

Zur Landtagswahl hat der BUND Sachsen den Parteien acht Fragen zu Themen wie Klima-, Umwelt-, Baumschutz und Verkehr vorgelegt.¹¹ Die Antworten der AfD auf die Wahlprüfsteine sind nach Ansicht der Umweltschutzorganisation nur mäßig ambitioniert oder stehen dem Umwelt- oder Naturschutz teilweise sogar entgegen. Eine Öko-Partei mit starkem Engagement ist die AfD laut Wahlprogramm nicht.

Bei der Landtagswahl Ende August 2014 erhielt die AfD 9,7 Prozent aller Stimmen,¹² was 14 Sitzen im sächsischen Landtag entspricht. Damit wurde die Partei nach CDU, die Linke und SPD zur viertstärksten Kraft noch vor den Grünen, denen nur knapp der Einzug ins Landesparlament gelang.

Auch wenn sich die neue Partei erst noch in die Parlamentsarbeit einfinden musste, politisch unbedarft ist sie keinesfalls. Etliche der Fraktionsmitglieder haben bereits kommunalpolitische Erfahrungen in anderen Parteien - vor allem in der CDU, aber auch in der FPD und der SPD – gesammelt. Im Landtag war zuvor aber noch keiner der Abgeordneten tätig. Der Abgeordnete Jörg Urban bringt als einziger Expertise im Umweltschutz mit. Bis 2014 war er Geschäftsführer der Grünen Liga Sachsen, mittlerweile ruht die Tätigkeit in dem Verein, dessen Netzwerk knapp 30 eigenständige Naturschutzgruppen und -initiativen umfasst. Im Nebenerwerb betreibt Urban bis heute Ökolandbau.

Die Personalie Urban mag zwar zunächst überraschen, ist aber inhaltlich wenig erstaunlich, da sich die Positionen der AfD und der Grünen Liga Sachsen zumindest teilweise - u. a. bei der Windenergie - decken. Zwar begrüßt die Grüne Liga eine Umstellung auf Erneuerbare Energie, aber mittlerweile sieht der Verein im undifferenzierten Ausbau der Öko-Energien eine Gefahr für den Landschafts- und Naturschutz.¹³ Vögel und Fledermäuse kämen durch Windkraftanlagen zu Tode, große Photovoltaikanlagen zerstörten Biotope, Kleinwasserkraftwerke gefährden Fließgewässer, die konventionelle Landwirtschaft sei mittlerweile vom Anbau von Energiepflanzen wie Raps und Mais dominiert - so die Argumentation der Grünen Liga gegen die Erneuerbaren.

Auch Urban selbst spricht offen darüber, dass sich die Grüne Liga und Bündnis 90/Die Grünen nicht sehr nah seien.¹⁴ Den Kampf gegen den Ausbau der Windenergie führt Urban und dessen Fraktion auch im sächsischen Landtag. Allein 2015 hat die AfD drei entsprechende Anträge in das Parlament eingebracht. So forderte die Fraktion im Sommer 2015 zunächst ein Moratorium für den Ausbau von Windkraftanlagen. Es müsse rechtssicher geklärt werden, ob der Infraschall, der beim Betrieb der Anlagen entstehe, der Gesundheit von Mensch noch Tier schade. Das Parlament lehnte den Antrag ab,

11 <http://www.bund-sachsen.de/wahlpruefsteine> (21.1.2016)

12 http://www.statistik.sachsen.de/wpr_alt/pkg_s10_erg_lw.prc_erg_lw?p_bz_bzid=LW14&p_ebene=SN&p_ort=14 (21.1.2016)

13 <http://www.grueneliga-sachsen.de/themen/erneuerbare-energien/> (21.1.2016)

14 <http://www.bild.de/regional/dresden/alternative-fuer-deutschland/umweltschuetzer-kandidiert-fuer-afd-34979508.bild.html> (21.1.2016)

woraufhin die AfD nur wenige Monate später einen erneuten Antrag stellte, nachdem Windkraftanlagen künftig mindestens 1.000 Meter von Wohngebieten entfernt sein sollen. Mit der Forderung wollte sich die AfD zum Fürsprecher der Kreistage aufschwingen. Vier Landkreise hätten die Einführung der sogenannten 10-H-Regelung gefordert, nach der zwischen Windrädern und Wohnbebauung ein Abstand um das 10-fache der Höhe des Windrades eingehalten werden soll. Auch dieser Antrag wurde nicht vom Landtag beschlossen. Zudem würde die 10-H-Regel bei der dichten Besiedlung Sachsens nahezu das Ende der Windkraft bedeuten.

Der Aktionismus der AfD gegen die Windenergie überrascht. Die Nutzung von Windkraft in Sachsen steckt noch in Kinderschuhen. 2014 waren landesweit rund 1.000 Megawatt installiert.¹⁵ Unter diesen Umständen ist kaum erwarten, dass die von der AfD befürchtete „Verspargelung“ der Landschaft tatsächlich droht.

Stattdessen will die AfD an der Verbrennung von Braunkohle festhalten. Die klimaschädlichen Auswirkungen der Treibhausgasemissionen, die bei der Verbrennung von Kohle entstehen, verharmlost die Partei dagegen.

Maßgeblich prägen konnte die AfD die sächsische Umweltpolitik in der kurzen Dauer ihrer ersten Legislaturperiode nicht. Auch im Umweltausschuss, dessen stellvertretender Vorsitzender Jörg Urban ist, fällt der AfD-Abgeordnete kaum durch Initiative oder konstruktive Vorschläge auf. Zwar kann Urban mit seinem Fachwissen zum Naturschutz auch im Plenum überzeugen, aber neben den drei bereits genannten Anträgen hat die AfD bislang keine weiteren Antrag zum Umweltschutz in den Landtag eingebracht. Den Spielraum einer Oppositionspartei nutzt sie bislang noch nicht überzeugend.

15 <https://www.wind-energie.de/presse/meldungen/2015/windenergie-sachsen-2014-zaehes-mi-ni-wachstum> (21.1.2016)

IV Thüringen

Im April 2013 gründet sich der Landesverband Thüringen der AfD. Die Kreisverbände sind teilweise stark zerstritten, sie werfen der Parteiführung undemokratisches Verhalten vor. Der Landesvorsitzende der Partei musste dann auch im Juni 2014 zurücktreten, da er Gewalt gegen Ausländer öffentlich rechtfertigte. Ruhe in den Landesverband sollten die neu gewählten Sprecher, Stefan Möller und Björn Höcke, bringen. Höcke, der zum rechten Flügel der Partei gehört und die Nähe zur rechtsextremen Identitären Bewegung pflegt, wurde Spitzenkandidat in der Landtagswahl.

Das Wahlprogramm der Partei dominiert eine Rhetorik, die gegen das politische Establishment zu Felde zieht: gegen die sogenannte ideologiegesteuerte Politik und erstarrte Parteiendemokratie. Ferner steht vor allem die Verkehrspolitik im Zentrum des Programms. Der Landesverband spricht sich gegen Umweltzonen und Tempolimits aus. Stattdessen fordert die AfD eine „umweltsensitive Verkehrssteuerung“. Demnach soll der Straßenverkehr möglichst fließen; um die Vermeidung und die Verringerung von Autoverkehr geht es dabei aber nicht. Erst an zweiter Stelle kommt die Förderung und der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs.

Bei Thema Landwirtschaft geht es der AfD vor allem darum, „Fehlentwicklungen zu vermeiden“. Überraschenderweise bezieht sich das nicht auf die Industrialisierung der Landwirtschaft und die damit einhergehenden Probleme wie Überdüngung oder zunehmende Konzentration in der Tierhaltung. Stattdessen sollen Subventionen, wie zum Beispiel für den Anbau von Pflanzen zur Energiepflanzen, wegfallen.

Wie schief das Bild der AfD in puncto Landwirtschaft ist, wird besonders beim Ökolandbau deutlich. Demnach habe die ökologisch ausgerichtete Landwirtschaft - wegen eines hohen Bedarfs an Arbeitskräften und niedriger Erträge - die Preise für Lebensmittel in die Höhe getrieben. Damit verkennt die AfD allerdings, dass auch auf Bauern mit herkömmlicher Landwirtschaft der wirtschaftliche Druck enorm gestiegen ist.¹⁶ Der Lebensmitteleinzelhandel und die Ernährungsindustrie können aufgrund ihrer starken Position am Markt gegenüber den Landwirten Niedrigpreise durchsetzen. Dennoch bevorzugt die Partei die konventionelle Bewirtschaftung von Ackerland, Ökolandbau wertet sie - wie in Brandenburg - als eine „Rückentwicklung“, die man der Bevölkerung nicht zumuten könnte. Zwar erkennt auch die AfD die Bedeutung der Böden, aber

16 http://tbv-erfurt.de/joomla/index.php?option=com_content&view=article&id=617:jahresabschluss-des-thueringer-bauernverbandes-e-v-thematisiert-prekaere-lage-der-thueringer-landwirtschaft&catid=50&Itemid=101 (21.1.2016)

zur Verbesserung der Bodenqualität fällt ihr nur eine Begrenzung der eingesetzten Aussaaten ein.

Niemand leistet nach Ansicht der AfD mehr Arbeit für den Naturschutz als Land- und Forstwirte. Mit welchen Mitteln sie den Schutz der Umwelt voranbringen will, erläutert die Partei in ihrem Wahlprogramm indes nicht. Stattdessen fordert sie, wie die AfD-Landesverbände von Brandenburg und Sachsen, die Abschaffung des Wolfsmanagements. Dabei hat das Management gerade zum Ziel, dass das Miteinander von Mensch und Wolf so konfliktfrei wie möglich gestaltet wird.

In der Energiepolitik soll die Förderung der erneuerbaren Energien umfassend reformiert werden, das heißt, eine erhebliche Absenkung der Förderung. Den Bau von Windkraftanlagen in Gegenden wie den Thüringer Wald oder das Eichsfeld wie auch den Bau von Photovoltaikanlagen lehnt die AfD ab. So würden Solarmodule der Landwirtschaft Fläche entziehen, die wieder zurückgeführt werden sollen. Die Notwendigkeit zur Energiewende wird ebenso wie im Bundesprogramm abgelehnt, und einen Zusammenhang zwischen Treibhausgas-Emissionen und der erwarteten Erderwärmung leugnet die Partei.

Den Wahlkampf dominieren Umweltschutz und Energiepolitik indes nicht, stattdessen fällt der Landesvorstand immer wieder durch rassistische Aussagen auf. Dem Wahlerfolg tut das keinen Abbruch. In Thüringen wird die AfD am 14. September 2015 – zeitgleich mit der Landtagswahl in Brandenburg - in den Landtag gewählt. Mit 10,6 Prozent aller Stimmen wird die AfD nach CDU, Die Linke und SPD noch vor den Grünen die viertstärkste Fraktion.¹⁷ Damit hat sie 11 Sitze im Erfurter Parlament. Doch auch in der Fraktion rumort es.

Gerade ein halbes Jahr nach der Wahl wird der Abgeordnete Siegfried Gentele von der Fraktion ausgeschlossen. Während die Parteiführung von einem zerrütteten Vertrauensverhältnis spricht, führt Gentele den Ausschluss auf seine öffentliche Kritik an Fraktionschef Björn Höcke zurück.¹⁸ Nachdem sie im Mai 2015 durch die Fraktion gemäßregelt werden, verlassen auch die Abgeordneten Oskar Helmerich und Jens Krumpke die Fraktion. Wie auch Gentele sprachen sie sich gegen die Erfurter Resolution aus, mit der Höcke und André Poggenburg von der AfD Sachsen-Anhalt eine konservativere Ausrichtung der AfD forderten. Nur wenige Wochen später treten Gentele, Helmerich und Krumpke aus der Fraktion aus. Mit Krumpke verliert die AfD auch ihren umweltpolitischen Sprecher.

Doch mit konstruktiver Umweltpolitik ist die Partei im Landtag nicht aufgefallen. Zwischen Oktober 2014 und Dezember 2015 hat die Partei insgesamt 17 Anträge in den Landtag eingebracht – hauptsächlich zu den Themen Hochschule und Bildung. Stattdes-

17 <http://www.wahlen.thueringen.de/start.asp> (21.1.2016)

18 <http://www.mdr.de/thueringen/afd-siegfried-gentele100.html> (21.1.2016)

sen unterstützt sie im März 2015 einen Antrag der CDU-Fraktion zur Einführung eines Mindestabstandes von Windrädern zu Wohngebäuden. Wie auch die AfD in Sachsen warnt die Thüringer Fraktion vor den Auswirkungen des Infraschalls und beklagt Vögel und Fledermäuse, die durch Windräder zu Tode gekommen. Klare Worte für die Position der AfD hat der energiepolitische Abgeordnete Stefan Möller parat: „Da wissen Sie als Verfechter der reinen Lehre, was wir vom EEG und von der Windkraft halten – nämlich gar nichts!“¹⁹ Die Windenergie würde zu Instabilität im Stromnetz führen. Der Naturschutz dürfe nicht der Energiewende geopfert werden. Zu den klimaschädlichen Auswirkungen der Kohlekraftwerke schweigt die Partei.

Einige der Anfragen der Partei zum Thema Umwelt beziehen sich auf die öffentlichen Ausgaben, zum Beispiel die Haushaltsmittel des Thüringer Umweltministeriums, die Finanzierung des Klimabeirats und dessen Mitgliedern. Nur selten zeichnen sich die Reden und Anträge der AfD-Abgeordneten durch sachlich konstruktive Beiträge aus. Häufig geht es um Provokation. Das bescherte der Fraktion einen Rekord an Rügen und Ordnungsrufen.²⁰

19 <http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/55177/17-plenarsitzung.pdf#page=41> (21.1.2016)

20 http://www.deutschlandfunk.de/die-afd-vor-ihrem-bundesparteitag-liberal-oder-national.724.de.html?dram:article_id=338023 (21.1.2016)

V Hamburg/Bremen

Va Bremen

Seit dem Mai 2015 ist die Alternative für Deutschland (AfD) mit theoretisch fünf Sitzen in der Bremischen Bürgerschaft vertreten. Drei sind in die neue Partei „Alpha“ von Bernd Lucke gewechselt, um einen Sitz wird noch juristisch gerungen.

Besonderes Augenmerk legt die Partei in Bremen auf den Verkehrssektor. Sie kritisiert, dass herrschende Politik „von ideologischer Feindseligkeit und geplanten Nadelstichen gegen den motorisierten Individualverkehr“ sei.²¹ Gefordert wird, die Verkehrspolitik dem Senator für Wirtschaft zuzuordnen, statt dem Ressort Umwelt und Bau – ein klares Votum gegen den von Grünen geführten Senat. Allgemein wird der Autoverkehr als Stärkung des Wirtschaftsstandortes gesehen und die Umweltzone als unwirksam kritisiert. In der Energiepolitik lehnt man sich an das Bundesprogramm an und fordert, dass „kein Energieträger als Brückentechnologie ausgeschlossen werden“ soll. Allerdings gibt es dann doch Ausnahmen: Fracking lehnen die Bremer AfD-Mitglieder ab und auch Biogas sei keine geeignete Energieform, während weitere erneuerbare Energien nur einmal kurz Erwähnung finden. Auch wenn auf Bundesebene alles an Brückentechnologien erlaubt sein soll, wollen die AfDler bei sich in Bremen die vorhandenen Kohlekraftwerke auf Gasbefuerung umstellen, „um die Feinstaubmenge in Bremen wesentlich zu reduzieren“. Bis auf die Kritik am Biogas ergeben sich daher im Energiebereich erstaunliche Parallelen zu den energiepolitischen Forderungen der Grünen, die Fracking und Kohlekraft ebenfalls kritisieren. Wirkliche konstruktive Politik ist aber auch aus Bremen nicht zu erwarten, da Umweltpolitik keinesfalls ein Schwerpunkt der Bremer AfD ist und sie derzeit nur mit einem Abgeordneten im Landtag vertreten ist.

21 http://www.alternativefuer-bremen.de/wp/wp-content/uploads/2015/05/2015-05-04_AfD-Bremen_Wahlprogramm-2015_V2.6-3.pdf (20.1.2016)

Vb Hamburg

Mit der Hamburger Bürgerschaftswahl im Februar 2015 gelang der AfD erstmals auch der Einzug in ein westdeutsches Landesparlament. 6,1 Prozent der Hamburger gaben der AfD ihre Stimme, so dass acht Abgeordnete in den Senat einzogen.²² In ihrem Wahlprogramm²³ hatte sich die AfD gegen die Förderung erneuerbarer Energie ausgesprochen, stattdessen soll am Standort Wedel ein neues Gaskraftwerk gebaut werden. Zudem will sich die AfD für bessere Luft in der Hansestadt einsetzen und die Emissionen aus dem Schiffsverkehr begrenzen. Weitere Punkte auf der Agenda: Lärmschutz und saubere Parks in Hamburg. Das Wahlprogramm ist vergleichsweise ambitioniert, die parlamentarische Praxis hinkt allerdings hinterher. In der laufenden Legislaturperiode hat die AfD bislang keine Anträge zu den Themen Umwelt- und Energiepolitik gestellt. Dafür hat sie eine Vielzahl von Kleinen Anfragen an den Senat gestellt, teilweise mit skurrilem Inhalt. So fragte die AfD nach der Anzahl der Waschbären in Hamburg.²⁴ Ähnliche Anfragen stellte sie zu den Themen Fuchsbandwurm und Schneckenvernichtungsmittel. Wie wichtig der AfD das Thema Umwelt ist, offenbarte sich auch bei einer Anfrage zum Hamburg Wald, der künftig laut Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen weniger genutzt werden soll.²⁵ Darin fragte die AfD nach den jährlichen Ertragsminderungen, die sich aus der geringeren Nutzung ergeben. Auch hier ist ein klarer Vorrang von wirtschaftlichen Privatinteressen vor ökologischem Allgemeinwohl zu beobachten.

22 <http://www.hamburg.de/contentblob/4659470/data/endguelutig-ergebnis-buewa15-dl.pdf> (21.1.2016)

23 <https://alternative-hamburg.de/wp-content/uploads/2014/12/B%C3%BCrgerschaftswahl-Programm-D.pdf> (21.1.2016)

24 <https://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/49419/waschb%C3%A4ren.pdf> (21.1.2016)

25 <https://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/49315/nutzungsstilllegungen-im-hamburger-wald.pdf> (21.1.2016)

VI Europäisches Parlament

Mit sieben Abgeordneten zog die AfD 2015 ins Europaparlament. Allerdings reduzierte sich die Zahl drastisch, nachdem Bernd Lucke aus der AfD ausschied und die konkurrierende Partei Allianz für Fortschritt und Aufbruch gründete. Im EU-Parlament gingen vier Abgeordnete mit Lucke mit. Damit sind von Seiten der AfD derzeit nur noch zwei Europaabgeordnete im Europäischen Parlament tätig: Beatrix von Storch und Marcus Pretzell. Letzterer ist zwar Mitglied des Umweltausschusses des EU-Parlamentes, hat sich aber bisher kaum zu Umweltfragen geäußert.

Beide Abgeordnete sehen sich im Kampf gegen die sogenannte Überregulierung von europäischen Verordnungen, darunter auch im Umweltrecht. Prinzipiell lehnt die AfD alle Regulierungsvorschläge im EU-Parlament ab und argumentiert durchgehend, die Entscheidungen wieder an die nationalen Parlamente abzugeben, beispielsweise bei der Frage nach dem Anbau genveränderter Lebensmittel. Energiepolitisch kritisiert Pretzell in einer der wenigen Äußerungen zur Klima- und Umweltpolitik, den „effektlosen Emissionshandel und immer neue CO₂-Grenzwerte“, die die europäische Großindustrie schwächen würden und Arbeitsplätze gefährdeten. Eine offene Leugnung des Klimawandels findet sich in den Statements im Parlament nicht mehr, dagegen lassen die Argumente gegen jedwede Klimaschutzpolitik und die erneuerbaren Energien vermuten, dass die AfD-Politiker den Klimawandel immer noch als Panikmache der restlichen Parteien und der Wissenschaft ansehen.

VII Zusammenfassung/Auswertung

Die Expertise der AfD-Politiker in der Umwelt- und Klimapolitik ist insgesamt sehr begrenzt. Die wenigsten Vertreter der Parteien – bis auf Ausnahmen wie in Sachsen – haben sich bereits vor ihrem Engagement in der Partei mit umweltpolitischen Themen beruflich auseinandergesetzt. In der Energiepolitik gibt es nur einige wenige Vertreter, die vom Fach kommen. Diese stammen dann aus Kreisen der konventionellen Energiewirtschaft. In den seltensten Fällen übernehmen AfD-Abgeordnete wichtige umweltpolitische Schlüsselpositionen (ausschließlich in Brandenburg).

Insgesamt dominiert der Ruf der Partei nach vermeintlich „rationaler Faktenanalysen statt ideologischen Wunschenkens“. Dabei werden vor allem Themen wie der Klimawandel, die Energiewende und des Ökolandbaus als „Ideologie“ bezeichnet. Bis auf wenige Ausnahmen wird das auch in den Landesverbänden durchgehalten. Dennoch gibt es einige regionale Unterschiede. Teilweise gerät die zentrale Forderung der regionalen Landesverbände nach dem „Schutz der Heimat“ in Konflikt mit dem Bundesprogramm. Während beispielsweise in Bremen eine lokale Politik im Bürgersinne für den Schutz und die Gesundheit gefordert und dem Feinstaub durch Kohlekraftwerke der Kampf angesagt wird, dominiert in Sachsen und Brandenburg eine klar Pro-Kohlehaltung.

Braunkohle liefere günstigen Strom und sichere regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze – der Bezug zur heimischen Energiequelle als nationales Gut, tritt dabei klar in den Vordergrund. Eingriffe in die Natur und die Landschaft für den Kohleabbau wirken nach Auffassung der Mehrheit der AfD-Politiker nur temporär, über Luftverschmutzung wird hier geschwiegen.

Diese Pro-Kohle-Haltung steht im Widerspruch zu dem Anspruch, sich dem Natur- und Heimatschutz widmen zu wollen. Dabei geht es der AfD laut Programm um die Bewahrung der bestehenden Landschaft. Stets wird hervorgehoben, dass es auch um den Erhalt der Heimat gehe. Völlig widersprüchlich ist dabei, dass Windräder angeblich die Landschaften gefährden, Kohletagebaue hingegen nicht. Diese Auffassung von Naturschutz ist entsprechend durch nationalkonservative Werte geprägt, bei der die Pflege von Traditionen im Vordergrund steht. Damit einher geht auch die Forderung, den ländlichen Raum und kleine Landwirtschaftsbetriebe zu stärken - unabhängig davon, ob sie konventionellen oder Öko-Landbau betreiben. Der Ökolandbau wird jedoch zumindest rhetorisch von vielen Mitgliedern als rückschrittlich klassifiziert. Idealbild ist demnach der mittelständische, deutsche Bauer, der seine Traditionen pflegt und mit Kohlestrom, Benzin sowie herkömmlichen chemischen Dünger seine Produktion betreibt. Und das ohne europäische Subventionen. Dieses Bild könnte man auch Parteien wie der CSU und der NPD zuordnen.

In Sachen erneuerbare Energien steht die Partei ebenfalls der CSU nahe, deren 10-H-Regelung sie beispielsweise in Sachsen und Brandenburg konkret einfordert. Auch hinsichtlich ihrer betonten Bürgernähe und der Heimatverbundenheit ähnelt sie ideologisch der Schwesterpartei der CDU.

Mit offener Klimaleugnung wie noch im Jahr 2013 unter anderem von Beatrix von Storch in Tweets und auf Facebook verbreitet, hält sich die AfD mittlerweile zurück. Dennoch weisen AfD-Politiker subtil immer noch auf die „Panikmache“ beim Klimathema hin und argumentieren mit der sogenannten Erwärmungspause, wonach sich das Klima in den vergangenen 20 Jahren nicht erwärmt habe. Kurz vor der Pariser Klimakonferenz im Dezember 2015 geißelte die AfD-Vorsitzende Frauke Petry die „plumpe öffentliche Panikmache“.²⁶ Auf den dann beschlossenen Vertrag selber reagierte die Partei jedoch kaum. Auch der Klimawandel als Ursache für Migration und Flucht wird von der AfD-Vorsitzenden Petry als Verschleierung der „wirklichen Gründe“ wie „Nepotismus und religiöser Fanatismus“ negiert. Gleichzeitig weist sie aber auch darauf hin, wie wichtig es sei, auf die „weltweite Reduzierung von Umweltbelastungen“ hinzuwirken. Diese Versicherung geht einher mit dem Versuch, nicht als kompletter Gegner jeglicher Umweltpolitik dazustehen, sondern „nur“ Widerpart der sogenannten „ideologischen Umweltschützer“ – in diesem Falle die UN und die 195 Mitgliedsstaaten der Klimarahmenkonvention.

Im Falle der Umwelt- und Klimapolitik hat dies auch damit zu tun, dass die AfD auf der einen Seite zwanghaft Alleinstellungsmerkmale sucht, um sich von den etablierten Parteien abzusetzen und bestimmte entpolitisierte oder enttäuschte Wählerschichten abzuholen und auf der anderen Seite aber in der politischen Landschaft ernst genommen werden will. Dieses Spannungsverhältnis führt dazu, dass die Partei sich mit populären Themen wie der Abschaffung des Wolfsmanagement oder Initiativen gegen Gentechnik und Massentierhaltung ins Gespräch bringt und als „Stimme der Bürger“ wahrgenommen will, aber sich dann selbst aber mit Äußerungen über den Klimawandel oder die Asylpolitik wieder völlig ins demokratische Abseits schießt. Dabei ähnelt sie eher rechten Außenseitern wie der NPD, die sich durch ihre Landtagsarbeit in verschiedenen Bundesländern bisher stetig blamiert und sich als politische Kraft so vollkommen isoliert haben.

Diese Rolle passt nicht allen AfD-Mitgliedern, da viele sich eher dem bürgerlichen Spektrum zuordnen, Juristen und Professoren sind oder aristokratische Wurzeln haben. Daher versucht sich die AfD auch in der Umwelt- und Klimapolitik diese Isolation schön zu reden, indem man seine Positionen als wahre Alternative zum „Einheitsbrei“ der etablierten und im Bundestag vertretenden Parteien darstellt. Dies wiederum ist an sich ein typisches Argument kleiner Parteien, etwa auch von Linken und Piraten, wohingegen

26 <http://sigmaringen.afd-bw.de/2015/11/panikmache-vor-dem-klimagipfel-ist-fehl-am-platz>

die AfD in der Umwelt- und Klimapolitik jene an Radikalität und Populismus bei weitem übertrifft.

Nach über zwei Jahren Landtagsarbeit lässt sich für die umweltpolitische Arbeit der Partei in den Landtagen resümieren, dass bisher statt konstruktiver parlamentarischer Arbeit eher eine Blockade- und Bremser-Politik vorherrscht. So stilisiert sich die AfD als politische Außenseiterin, die sich im Gegensatz zu den sogenannten „Altparteien“ tatsächlich um die Belange der Bürger kümmert. Zur entsprechenden Umsetzung ihrer „Alternativen“ kommt es jedoch aufgrund ihrer isolierten Position und ihren Abgrenzungsreflexen nicht.

Impressum

Herausgeber: Stefan Schönfelder, Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen
Schützengasse 18, 01067 Dresden

Redaktion: Susanne Götze, Sandra Kirchner

Layout: Antje Meichsner

Erscheinungsort: www.weiterdenken.de, Dresden

Erscheinungsdatum: Februar 2016

ISBN: 978-3-946541-01-1 (für dieses pdf)

Weitere E-Books zum Downloaden unter
www.weiterdenken.de/de/publikationen0

Copyright:

Das gesamte Dossier und die einzelnen Beiträge stehen unter einer Creative Commons Lizenz (CC BY-NC-ND). Sie dürfen verbreitet, vervielfältigt oder öffentlich zugänglich gemacht werden unter folgenden Bedingungen:

- Namensnennung – Sie müssen den Namen des Autors/ der Autorin und des Rechteinhabers (Heinrich-Böll-Stiftung) sowie die URL des Werks (Direktlink) nennen.
- Keine kommerzielle Nutzung – Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung – Dieses Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Abweichungen von diesen Bedingungen bedürfen der Genehmigung des Rechteinhabers:
info@weiterdenken.de

